

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Herrn Xandry

Datum
28.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung
Entscheidung bezüglich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten
Bericht über Sparmaßnahmen im Fachbereich 2, Abteilung 2/1 Service
- Ergänzende Stellungnahme zur Vorlage Nr. 1913/02 -

Aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung vom 04.07.2002 wurde die Verwaltung aufgefordert, bezüglich des Beschlussvorschlages zur Entscheidung hinsichtlich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten - Vorlage Nr. 1913/02 - bei kleineren Objekten weitere Erläuterungen zu geben.

Wie bereits in der Vorlage Nr. 1913/02 ausgeführt, hat der Haupt- und Finanzausschuss im Jahre 1994 die Forderung erhoben, dass bei der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten an Dritte grundsätzlich das Reinigungspersonal in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden soll.

Vorab weise ich darauf hin, dass eine Änderung dieses Beschlusses grundsätzlich nicht angestrebt wird.

Zum besseren Verständnis möchte ich die Entwicklung im Bereich der Gebäudereinigung einmal chronologisch darstellen:

Der o. a. Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses in 1994 erfolgte im gesamten Maßnahmenkatalog zu der Neukonzeption der Gebäudereinigung unter der Prämisse, dass durch die Verwaltung beabsichtigt war, zunächst größere Objekte, insbesondere Schulen und Turnhallen der Fremdreinigung zuzuführen. So wurde unter Ziffer 7 der Verwaltungsvorlage vom 15.12.1993 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass über die Privatisierung weiterer Objekte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird.

Vorrangig war in 1994/95 zunächst, das Intervall-Reinigungsverfahren in den städtischen Gebäuden einzuführen, weil hierdurch in kürzester Zeit die größten Einsparungen zu erwarten waren. Wie in den verschiedenen Berichten zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung erläutert wurde, hat sich diese Annahme auch bestätigt.

Wie schon dargelegt wurde, konnte in 1994 allerdings nicht sofort der gesamte durch den Haupt- und Finanzausschuss beschlossene Maßnahmenkatalog umgesetzt werden. So konnten in den Verhandlungen mit dem Personalrat zwar die Umsetzung des Intervall-Reinigungsverfahrens in den städtischen Objekten, die Erhöhung der Reinigungsleistung und die Schaffung von Rahmenbedingungen (Dienstvereinbarung Gebäudereinigung vom 01.12.1994) vereinbart werden, jedoch stimmte der Personalrat zum damaligen Zeitpunkt ausdrücklich weiteren Privatisierungsmaßnahmen nicht zu. Um kurzfristig Einsparungen realisieren zu können, wurde dann der Kompromiss geschlossen, auf weitere Privatisierungsmaßnahmen zunächst bis 31.12.1999 zu verzichten.

Erst durch Abschluss / Ergänzung der „Dienstvereinbarung Gebäudereinigung“ vom 18.01.2000 wurden dann mit dem Personalrat die Bereiche / Objekte ausgehandelt, die einer weiteren Privatisierung zugeführt werden können. Hiervon waren dann auch erstmals mittlere und kleinere Objekte betroffen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Privatisierungsmaßnahmen seitens der Verwaltung nur dann vorgenommen werden, wenn sich diese auch wirtschaftlich darstellen lassen, d. h. wenn entsprechende Einsparungen für die Stadt erzielt werden können. Es würde allen fiskalischen Grundsätzen widersprechen, Privatisierungsmaßnahmen durchzuführen, die letztendlich zu einer Kostensteigerung für die Stadt führen würden. Insofern verweise ich in diesem Zusammenhang auch auf die Darstellung der Einzelmaßnahmen in Anlage 2 der Vorlage, woraus ersichtlich ist, dass auch die Privatisierung kleinerer Objekte letztendlich in der Summe zu Einsparungen in nicht unerheblicher Höhe führen.

Zu der Problematik führe ich ferner aus, dass auch bei der Stadtverwaltung Siegen derzeit ca. 25 Mitarbeiterinnen beschäftigt werden, die keiner umfassenden Sozialversicherungspflicht unterliegen (z. B. in Objekten wie Bürgerhäuser, Friedhofshallen, Feuerwehrgerätehäuser). Hierbei handelt es sich um Beschäftigungsverhältnisse, bei denen aufgrund der Größe und der Nutzung des Objektes und der sich daraus ergebenden durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von unter 2 Stunden somit nur ein „geringfügiges Arbeitsverhältnis“ darstellen lässt.

Es dürfte in diesen Fällen bei einer eventuellen Privatisierung der Unterhaltsreinigung unstrittig sein, dass auf ein umfassendes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis verzichtet wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Abteilung 2/1 in 1997 eine Umfrageaktion durchgeführt hat, um diesem Personenkreis weitere Beschäftigungen oder Vertretungstätigkeiten anzubieten. Lediglich eine Mitarbeiterin hatte sich hierzu bereit erklärt.

Darüber hinaus können jedoch bei einem Teil der Gebäude, wo derzeit noch städtische Mitarbeiterinnen in vollem Umfang sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, bei der Fremdvergabe Änderungen eintreten. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die

Firmen durchweg mit einer **höheren stündlichen Reinigungsleistung** kalkulieren und **andere tarifliche Bestimmungen** im privaten Gebäudereinigerhandwerk ausgehandelt sind. Insofern kann dann der Fall eintreten, dass sich für die Firmen bzw. deren Mitarbeiterinnen kein umfassendes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis darstellen lässt (Beispiel: städtische Mitarbeiterin verdient monatlich 400 € / Firmen-Mitarbeiterin erhält aufgrund höherer Arbeitsvorgaben und Tariflohn monatlich 300 €).

In diesen Fällen müsste demnach bei der möglichen Vergabe des Objektes von der Firma gefordert werden, die Mitarbeiterin trotzdem im vollen Umfang sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen. Dies kann nur dann greifen, wenn die Mitarbeiterin in einem weiteren Objekt Reinigungsaufgaben übernimmt, um über die 320 €-Grenze zu kommen. Dass hierfür kaum eine Mitarbeiterin zu begeistern ist, morgens von 5.00 Uhr bis 7.00 Uhr beispielsweise eine Umkleidekabine und dann in den Nachmittagsstunden noch in einem anderen Objekt zu reinigen, dürfte nachvollziehbar sein. Insofern stellt sich die Personalgewinnung für die Firmen sehr problematisch dar, was aufgrund der Erfahrungen im Bereich der Eigenreinigung auch nur bestätigt werden kann.

Allein auf die vorgenannten Fälle zielt die von der Verwaltung eingebrachte Empfehlung ab. In allen anderen Fällen wird weiterhin ausdrücklich auf die Einhaltung der umfassenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bestanden und - wie mündlich berichtet - auch konsequent umgesetzt und überwacht.

Mit Schreiben vom 22.08.2002 hat die Gleichstellungsstelle zu der Vorlage der Verwaltung vom 22.05.02 sowie zu der Ergänzungsvorlage Stellung genommen - siehe Anlage -.

Der Forderung der Gleichstellungsstelle, bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, und dies sowohl bei eigenen als auch bei Firmen beschäftigten Mitarbeiterinnen, aus Gründen der Altersvorsorge den Eigenanteil von 7,1 % für die gesetzliche Rentenversicherung zu übernehmen, kann nicht nachgekommen werden.

Grundsätzlich wäre es zwar aus den vorgenannten Gründen zu begrüßen, wenn seitens der Stadt der Eigenanteil von 7,1 % zu gesetzlichen Rentenversicherung übernommen werden könnte. Aufgrund des bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes sowie der insgesamt schlechten Haushaltslage kann sich jedoch die Stadt zur Übernahme von weiteren freiwilligen Leistungen nicht verpflichten.

Insofern wird auch die Auffassung vertreten, dass die Forderung nicht bei der Vergabe von Reinigungsarbeiten erhoben werden kann.

Im Rahmen des vom Rat der Stadt am 19.06.02 beschlossenen Konzeptes - Kommunale Beschäftigungsförderung - Hilfen zur Arbeit - mit der Neuen Arbeit Siegerland - NAS - wird der Fachbereich 2 gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle prüfen, ob ein Projekt im Bereich der Gebäudereinigung durchgeführt werden kann, um Teilnehmerinnen auf den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: Stellungnahme der Gleichstellungsstelle